

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Inserate werden tags vorher bis mittags 11 Uhr angenommen.

Bezugspreis in der Stadt vierteljährlich 1,50 RM frei ins Haus, abgeholt von der Expedition 1,30 RM. Durch die Post und unsere Landwärtler bezogen 1,80 RM.

Für die königliche Amtmannschaft Weissen, zu Wilsdruff sowie für das König-

und Gegend.

Amts-Blatt



für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat für das Forstrentamt zu Charandt.

Insertionspreis 15 Pfg. pro fünfzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 50 Prozent Aufschlag. Jeder Anspruch auf Rabatt erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß od. der Auftraggeber in Konkurs geht. Fernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

Lokalblatt für Wilsdruff

Birkendahn, Blankenstein, Braunsdorf, Burthardswalde, Croisich, Grumbach, Grund bei Mohorn, Hartha bei Sauernitz, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Jähndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinshöndberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lohy, Miltz-Koitschen, Mohorn, Münzig, Reutkirchen, Niederwartha, Oberhemsdorf, Pohrsdorf, Röhren bei Wilsdruff, Roisich, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Seelighardt, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Spechtshausen, Tanneberg, Taubenheim, Ullendörf, Untersdorf, Weistroy, Wilsberg, Zöllmen.

Mit laufender Unterhaltungs-(Roman-)Beilage, wöchentlich illustrierter Beilage „Welt im Bild“ und monatlicher Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schwanke, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Oberlehrer Gärtner, Wilsdruff.

Nr. 83

Donnerstag, den 29. Juli 1915.

74. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich in der Beilage.

Das große Völkerringen.

„Durch muß des Kieles Erz!“

Mit Ertaunen hat man überall im Deutschen Reich die zweite Note des Präsidenten Wilson zur Kenntnis genommen. Zugegeben: Die grundsätzlichen Auffassungen Deutschlands und Nordamerikas stehen sich entgegen. Aber Deutschland hat einen praktischen Ausweg vorgeschlagen, der kein berechtigtes Interesse Nordamerikas kränkt und uns den durch Englands hundertfache Völkerrechtsbrüche erzwungenen Unterseebootskrieg gegen die Handelschiffahrt unserer Feinde nicht unmöglich macht. Wir kommen den Nordamerikanern sogar so weit entgegen, daß wir ihnen gestatten wollen, außer neutralen Handelsdampfern auch noch vier Passagierdampfer aus dem Besitz des Feindes unter ihre Flagge zu stellen und all diesen Ozean-Überquerern dann die besonderen Sicherheits-Vorgaben zu bieten, die den Nordamerikanern unsere letzte Antwortnote verdeutlicht hatten — und da tritt der Präsident der Vereinigten Staaten auf den Plan und sagt: Nein! Den praktischen Ausweg lehne ich ab, weil ich meinen Grundsatze voll, ganz und rein aufrechterhalten sehen will.“ Er tut das, obwohl er selbst zugibt, daß das moderne Seekriegsrecht und Völkerrecht für den Kampf der Unterseeboote erst geschaffen werden muß, obwohl es sich also um ein Gebiet werdender Rechtsbildung handelt, für das die deutschen Vorschläge nach unserer Überzeugung sicherlich auch demoralisierend das praktische Vorbild abgeben werden. Aber Präsident Wilson sagte: „Nein.“

Mit Ertaunen wird nicht nur Deutschland, sondern auch das ganze neutrale Europa an diesem bedauerlichen Vorfall erkennen, wie souverän die staatsrechtliche Stellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist. Da haben unsere amerikanischen Verwandten immer geklagt oder gespottet über monarchisch-europäische Einrichtungen; da haben die Feinde des Deutschen Reiches immer, mit Tränen im Heulerauge, geklagt, wie unbegrenzt, einseitig und „unförmlich“ die Macht des Deutschen Kaisers sei — und nun stellt sich in einem betrüblichen Falle heraus, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in Sachen der auswärtigen Politik viel mehr unumschränkter regiert, viel ungebundener ist als der Deutsche Kaiser. Ob Bryan oder Lansing Staatssekretär des Äußeren ist — die Note Nordamerikas bleibe sich selbst in der Wortform völlig gleich. Das heißt also: Der Staatspräsident selbst schrieb sie. Der Staatspräsident, abgeschlossen von dem Beirat aller Undersekretäre und Beratern. Denn vor jeder seiner Noten, die eine Entscheidung brachten, hat sich Präsident Wilson bisher zurückgezogen in die Einsamkeit, um über die Antwort „mit sich zu Rate zu gehen“. Eines einzelnen Mannes theoretische Meinungen drohen also zwei langbekannte und stammesverwandte Völker in einen Konflikt zu stürzen.

Wenn das „demokratisch“ ist, so stehen unsere Heere nicht mehr siegreich in Rußisch-Polen. Aber wir wissen es ja freilich von früher her, wie der eine Minister Delcassé, nur durch Gespräche und Beratungen mit König Edward von England, im Jahre 1905 die demokratische Republik an der Seine bis dicht an den Krieg mit Deutschland geführt hat, ohne daß die Abgeordnetenkammer, der Ministerpräsident und selbst der Staatspräsident etwas davon ahnten. Und wenn wir England als Monarchie auf demokratischer Grundlage bezeichnen wollen, so müssen wir feststellen, daß auch hier zum mindesten das Unterhaus, das sich bekanntlich mit dem Könige von England gleichsam teilt in die Souveränität, die äußerliche und die tatsächliche, wie mit verbundenen Augen, ja mit irreführenden Worten Asquiths und Sir Edward Grey herangeführt worden ist an den Rand des Weltkrieges, in den hineinzuspringen dann plötzlich binnen 24 Stunden Sache von „Ehre“ und „Wacht“ wurde.

Einmütig lehnt das ganze deutsche Volk das Annehmen der Note des Präsidenten Wilson ab. Und wenn hier und da Zweifel bestanden, ob unsere Regierung von den Bedauerlichkeiten der dadurch geschaffenen Lage in Sachen des für und zurzeit lebensnotwendigen Unterseebootskrieges zurückweichen oder zu weit zurückgehen könnte, so glauben wir unsern Lesern versichern zu dürfen: daß

daran nicht zu denken ist.

Wer dem Begehren des Präsidenten Wilson nachgeben wollte, müßte überhaupt den Krieg einstellen. Was zunächst den Unterseebootskrieg gegen feindliche Handelsdampfer betrifft, so würden sich alle englischen Schiffahrtsgesellschaften einfach irgendeinen Neger mit nordamerikanischem Bürgerrecht kaufen oder mieten und unsere deutschen Unterseeboote könnten sicher sein, mit jedem englischen Fischdampfer, auch mit jedem bloßen Kohlenfahrer, mindestens einen „nordamerikanischen Bürger“ zu töten oder zu gefährden. Präsident Wilson könnte theoretisch auch noch weiter gehen und für jeden verwundeten Reisenden von jenseits des großen Teiches, der nach Bille oder Texas reisen will oder die Dardanellen zu durchschneiden wünscht im Falle von Beschädigungen Entschädigung, Entschädigung und Abstellung der Granaten-Schleudern fordern. Nur freilich ist hier völkerrechtlich bereits festgelegt, was er am und im „Kriegsgebiet“ der Unterseeboote nicht anerkennen will, obwohl England mit rechtlicher Ausschreibung völkerrechtlich neuer Arten von „Kriegsgebieten“ voraufgegangen ist.

Wir können uns nicht helfen. Des Deutschen Reiches Daseinsnotwendigkeit steht für uns höher, als die Theorien des ehemaligen Universitätsprofessors und derzeitigen nordamerikanischen Staatspräsidenten Wilson. Aber unserer See- und Kriegspolitik bleibt in Angriff wir in Verteidigung und Notwehr das Wort geschrieben: Durch muß des Kieles Erz!

Das Echo.

(Bekanntlich zu der amerikanischen Note.)

In der deutschen Presse findet die jetzige Note, wie es scheint, eine viel einseitigere Beurteilung, als manche andere Erörterung in diesem Krieg. Einigkeit herrscht vor allem bis auf wenige Ausnahmen in der Ablehnung der Ansprüche des Präsidenten Wilson, in deren Begründung die Zeitungen alle Logik und alle Gerechtigkeit vermissen. Aus den nachstehend wiedergegebenen Auszügen läßt sich das unschwer erkennen. So schreibt die Post:

Die Union weist alles zurück: unnachgiebig bei ihrer Ansicht verharrend, besteht sie nach wie vor auf unbedingtem und immerwährenden Schutz ihrer Bürger. Da sie zugleich aber für die Zukunft mit dem Wort vom „unfreundlichen Akt“ eine noch lebhaftere Aufmerksamkeit für die Ereignisse des Unterseebootskrieges, eine noch nachdrücklichere Stellungnahme zu dessen Ergebnissen für amerikanische Bürger anknüpft, so hat sie damit den Boden sachlicher Ausgleichsbemühungen endgültig verlassen; auf Wegen oder Brechen ist nun der deutsch-amerikanische Streitfall gestellt. Wir wollen Frieden und Freundschaft mit Amerika um einen vernünftigen Preis: um jeden Preis ihn zu suchen, wäre Schwäche, Torheit und Überschätzung Amerikas. Auf Wilsons letzte Note gibt es nur ein schlichtes Nein.“

Kreuzzeitung:

Die ganze Beweisführung der Note ist auf einem fundamentalen völkerrechtlichen Irrtum aufgebaut. Ihrer praktischen Forderung aber liegt ein ebenso fundamentaler Irrtum über die Möglichkeiten und Zwecke des Unterseebootskrieges zugrunde. Wir sträuben uns noch gegen den Gedanken, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer Stellungnahme in der Unterseebootsfrage, wie sie in der obigen Note zum Ausdruck gelangt, auf eine mittelbare Unterstützung Englands abzielen. Aber wir müssen gestehen, daß uns der Inhalt der Note über andere Gesichtspunkte schwer begreiflich ist.“

Tägliche Rundschau:

In allem macht Herr Wilson immer wieder denselben logischen Saltomortale, indem er Ursache und Wirkung völlig verwechselt und seine Beschwerden nicht an den Urheber einer Schmerzempfindung richtet, obwohl er ihn sehr gut kennt, zumal ja seine eigenen Landsleute ihn hunderttausendfach darauf hingewiesen haben, daß England es sei, bei dem Herr Wilson sich nach dem Verbleib der Völkerrechtslehren zu erkundigen hätte. Man wird nun vielleicht weiter verhandeln. In der Sache sind wir aber hoffentlich entschieden und legen unser Recht auf den von England unter amerikanischer Duldung mißhandelten Karographen in unser Geviert und in die Hände unserer U-Boot-Fahrer.“

Deutsche Tageszeitung:

Im deutschen Volke wird die amerikanische Note einen denkbar schlechten Eindruck machen, denn sie läßt die freundschaftliche Offenheit der deutschen Note ganz vermissen und rmet damit eine beinahe geballte ammutende Richtschnur des Standpunktes der deutschen Regierung, die sich gefallen

zu lassen, die deutsche Nation weder nötig hat, noch gewonnen ist. Für das Deutsche Reich muß es nach wie vor unbefürmert und in erster Linie heißen: der U-Bootskrieg wird weitergeführt, und zwar so, daß er alle Mittel und Wege zur Geltung bringt, die seinen Zweck rechtfertigen. Die Lage des Deutschen Reiches ist, abgesehen von allem anderen, wahrlich nicht derart, daß es nötig hätte, auf Noten dieser Art hin die wirksamen Mittel und notwendigen Methoden seiner Kriegsführung nach den Wünschen eines abelwollenden, vom britischen Gegner geleiteten Neutralen zu revidieren.“

Germania:

Die amerikanische Regierung glaubt, daß sich die Counterrufen des Antihörs, den man bräben an dem Verfabren der U-Bootsangriffe auf Handelschiffe vorgenommen hat, bei autem Willen vermeiden lassen und daß im übrigen schon vor dem Ende des Krieges eine internationale Neuordnung des Seerechtes zur Sicherung der Freiheit der Meere erreichbar sei. Die deutsche Regierung wird in beiden Punkten eine Verhinderung zu veruchen bereit sein. Was Amerika aber nicht erwarten darf, ist, daß Deutschland sich die U-Bootschiffe durch diplomatische Verhandlungen aus den Händen winden und unwirksam machen läßt.“

Berliner Tageblatt:

Der Standpunkt des Herrn Wilson ist unter allen Umständen, und wie man die Dinge auch betrachtet, das Gegenstück vernünftigen Rechtes und rechtlicher Vernunft. Wir ehen mit Bedauern, daß Herr Wilson, obgleich er ein überzeugter Demokrat ist, weniger die friedlich gefasste Demokratie fördert als die gewinnhungrige Autokratie. Wir besprechen durchaus, daß ein neutraler Staat, und ein kleiner genau so wie ein großer, seine Neutralität und die persönliche Freiheit seiner Bürger zu wahren sucht. Aber es scheint uns, daß man der einen kriegsführenden Partei nicht lazen kann: „der Krieg kümmert uns nicht“, wenn man durch ziffrigen Waffenhandel mit der andern kriegsführenden Partei möglichst viel bei dem Kriege verdienen will. Wir haben auch den dringlichen Wunsch, daß man, soweit als es irgend geht, alle Regeln der Humanität beobachtet, alle Mittel zur Schonung und Rettung der Seefahrer gebraucht. Aber es müssen Mittel sein, die praktisch diesem humanen Zwecke dienen, und es ist keineswegs human, sondern ein Mißbrauch dieses edlen Wortes, wenn der geforderte Schutz des Menschenlebens zum Schutz der feindlichen Angriffe oder des Granatenhandels dienen soll.“

Wollische Zeitung:

Der Präsident der Vereinigten Staaten fällt sich „aus Freundschaft“ gedrungen, uns mitzuteilen, daß er jede weitere Torpedierung englischer Kriegsschiffe, die Amerikaner an Bord führen, als einen vorläufigen unrennblichen Akt ansehen möchte. Wir begen die feste Zuversicht zur Aufrichtigkeit unserer Regierung, daß alle Freundschaft für das amerikanische Volk und alle Gebote der Menschlichkeit, die sie stets zu achten bereit gewesen ist, sie niemals dazu veranlassen könne, Deutschlands Würde zu opfern. Wir haben zugestanden, was wir zugestehen konnten. Jedes Tüpfelchen mehr würde das deutsche Volk, das auf allen Schlachtfeldern in Ost und West seine Waffen siegreich vorwärts trägt, als eine Demütigung empfinden.“

Berliner Lokalanzeiger:

In diesen Swalten ist stets vertreten worden, wie wollten und sollten Verständnis für die amerikanische Auffassung zeigen. Das haben wir getan. Gleichzeitig haben wir stets gefordert, Amerika möchte das gleiche Verständnis für unsere Lage zeigen. Das hat Amerika theoretisch getan, indem es ausdrücklich die Neuartigkeit der freigelegten Verhältnisse zur See hervorhebt. Während aber die deutsche Regierung der amerikanischen Auffassung durch praktische, wohl durchführbare Vorschläge entgegenkam, hat die amerikanische Regierung den Weg der Praxis bisher verschmäht. Wir hoffen, daß er sich, für beide Parteien gangbar, doch noch finde.“

Rheinische Zeitung:

Mit diesem Standpunkt ist für uns keine Verständigung möglich. Wir werden Herrn Wilson weder den Gefallen tun, die Handlung des Kommandanten, der die „Lusitania“ versenkte, zu mißbilligen, noch werden wir eine Entschädigung anbieten für das Leben der leichtsinnigen Amerikaner, die mit der „Lusitania“ umgekommen sind. Wir werden natürlich auch unseren Landbootskrieg fortsetzen, wie wir ihn bisher geführt haben, in den letzten zwei Monaten und vorher, denn es ist ein Irrtum des Herrn Wilson, daß wir lediglich eine Änderung in ihm hätten eintreten lassen. Wir werden auch auf amerikanische Schiffe und Reisende die Rücksicht nehmen, die wir zugelegt haben, und wir hoffen natürlich, daß die Ereignisse keine Verschärfung unserer Beziehungen zu Amerika herbeiführen. Aber auobert steht uns die Pflicht der nationalen Selbsterhaltung, und was sie uns in Zukunft gebieten wird, das werden wir tun.“

Franfurter Zeitung:

Den Unterseebootskrieg, den die deutsche Oberleitung nicht leichtsinnig und frivol, sondern in gründlicher Erwägung aller Vorteile und Gefahren unternommen hat, kann Deutsch-